

# Kontroversen zu Handel und GVO

**Bundesministerin Aigner verteidigte auf einer USA-Reise ihr MON 810-Verbot und die Wahlfreiheit der Landwirte und Verbraucher.**

**B**ei einer Reise in die USA ist Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner Mitte Mai mit ihrem Amtskollegen Tom Vilsack, wichtigen Parlamentariern aus dem US-Senat und -kongress sowie Wirtschaftsvertretern zu Gesprächen zusammengetroffen. Begleitet wurde die BMELV-Delegation von Bioland Präsident Thomas Dosch, der Geschäftsführerin der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie Sabine Eichner Lisboa und Dr. Klaus Schumacher vom Handelshaus Töpfer International.

Ein Hauptstreitpunkt bei den Gesprächen war das MON 810-Verbot in Deutschland. Während die US-Gesprächspartner betonten, dass zugelassene GVO-Pflanzen „sicher“ seien und deshalb ein Anbauverbot im Rahmen internationaler Handelsabkommen nicht zulässig, machte Aigner deutlich, dass neue Studien Hinweise auf umweltrelevante Bedenken gezeigt hätten. Darüber hinaus verwies sie, unterstützt durch Berichte von Thomas Dosch, auf die gesellschaftliche Debatte in Deutschland und auf das Recht auf Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher. Dem setzten US-Industrievertreter, insbesondere von Monsanto, aber auch von US-Farmerorganisationen visionäre Versprechungen zur Ernährungssicherung einer wachsenden Weltbevölkerung entgegen. So stellte ein Vertreter von Monsanto in Aussicht, die Maiserträge mittels Gentechnik in den kommenden 20 Jahren verdoppeln zu können. Die Frage, welche Forschungsarbeiten solche Visionen rechtfertigten und welche ökologischen Folgen ein solcher Schritt hätte, blieb offen. Neben Gentechnikfragen ging es um das Verbot von Rinderwachstumshormonen und das Verbot der Behandlung von Geflügelfleisch mit Chlor zur Abtötung von Keimen. Auch hier machte die Bundesministerin deutlich, dass in Europa ein an-



*V.l.n.r. Dr. Christian Grugel, BMELV, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Dr. Klaus-Dieter Schumacher, Töpfer International, Marty Strauss, Monsanto, Bioland Präsident Thomas Dosch.*



*Auf dem Weg zum Weißen Haus*

derer Zugang zu Nahrung bestehe und die Menschen vor allem natürlichen Lebensmitteln vertrauen schenken. Neben Streitpunkten standen aber auch konstruktive Themen auf der Agenda. So setzte sich Thomas Dosch für eine bessere Zusammenarbeit in der Forschung für den ökologischen Landbau sowie für eine bessere Abstimmung der staatlichen Biostandards in den USA und Europa ein. Während Fragen zu staatlichen Standards auf EU-Ebene zu klären sind, soll es hinsichtlich des Austausches von Ergebnissen der Biolandbauforschung weitere Gespräche auf Arbeitsebene geben.

## CDU/CSU weiter gespalten

Während Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner für die Wahlfreiheit der Bauern und Verbraucher eintritt und ihr Anbauverbot für den MON810 verteidigt, hat sie gleichzeitig wenig Rückhalt dafür in den Unionsparteien.

Dies zeigte sich zuletzt Mitte Mai in einer Abstimmung im Bundestag über einen Antrag der Grünen, die eine grundsätzliche Positionierung der Bundesregierung gegenüber der Agrogentechnik forderten. Die Bundesregierung solle in Brüssel gegen eine Wiederzulassung von MON810 und die Neuzulassung zweier weiterer Genmais-Linien stimmen. Sie solle sich auch für ein verbessertes Zulassungsverfahren auf EU-Ebene einsetzen. Die CDU-Abgeordneten stimmten fast geschlossen gegen den Grünen-Antrag, einige wenige enthielten sich. Die Mehrzahl der CSU-Parlamentarier wählte den eleganten Weg der Enthaltung, auch hier unterstützte keiner den Antrag der Grünen.

Fazit: Die Unionsparteien stehen vor dem unlösbaren Widerspruch zwischen volksnahen Entscheidungen in Bayern und einer unternehmensfreundlichen Haltung in Berlin. Vorerst helfen sie sich mit der Wiederholung des Satzes: „Das Genmaisverbot war eine Einzelfallentscheidung.“ Zur Positionierung vor der Bundestagswahl reicht das nicht.